

# **Gebt den Leuten die Ressourcen zurück!**

## **Feministische NGOs in Tanzania - ein Bericht von der Tanzania Gender Networking Programme (TGNP) -Konferenz in Dar-es-Salaam, 10.-13.Sept 2001**

**Irmi Hanak**

Tanzania Gender Networking Programme ist ein Dachverband tanzanischer Entwicklungs-NGOs, der sich seit seiner Gründung 1993 für frauenrelevante Inhalte in Entwicklungsplanung, -politik und -forschung einsetzt. Aktivitäten der letzten zwei Jahre konzentrierten sich vor allem auf die Forderung nach einem gender-relevanten Budget, das mit einer intensiven Informationsarbeit einherging. Im September 2001 veranstaltete TGNP – wie alle zwei Jahre - eine landesweite Konferenz, an der etwa 600 Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Tanzania sowie einige internationale Gäste teilnahmen: MitarbeiterInnen nationaler oder internationaler NGOs, der Universitäten und anderer Forschungseinrichtungen, JournalistInnen von staatlichen und privaten Medien, PolitikerInnen, BeamtenInnen des Frauenministeriums oder sowie einige VertreterInnen von Basisinitiativen. Im Mittelpunkt dieser Konferenz mit dem Motto "Gebt den Leuten die Ressourcen zurück!" stand die Frage, welchen Beitrag feministische Organisationen gegen Verelendung und Verarmung leisten können.

**Ufukarishwaji** (Verelendung), der Begriff ist auch für die TanzanierInnen, die Swahili als Erstsprache sprechen, neu und ungewohnt, doch es ist den OrganisatorInnen wichtig, mit diesem Begriff zu unterstreichen, dass Armut nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern auch die Rolle von Verursachern der Verarmung und Verelendung untersucht werden muss. Die anfängliche Begriffsklärung wirkt somit gleich als Einstimmung auf eine wesentliche Fragestellung: Wer verursacht die Verelendung in Tanzania, welche Rolle spielen nationale und internationale Entwicklungsorganisationen dabei? Angesichts entmutigender Statistiken und Einzelbeispiele sind Taten gefragt: Wirtschaftliches Wachstum in den Ländern Sub-Sahara Afrikas ist niedrig,

stagniert, bzw ist in 19 Ländern sogar negativ. Die Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb der afrikanischen Länder vergrößert sich. Die Benachteiligung von Frauen nimmt sogar noch zu oder verringert sich kaum: Wie die Soziologin Ruth Meena in einem einführenden Referat dokumentierte, sank der Anteil weiblicher Beschäftigter am Arbeitsmarkt in Sub-Sahara Afrika zwischen 1970 und 1998 von 57% auf 37,8% (UNDP 2000, zitiert nach Meena 2001:8). Doch nicht nur aus Statistiken, auch aus der Alltagserfahrung sind die Anwesenden mit Verelendung und Diskriminierung vertraut, wie zahlreiche Diskussionsbeiträge zeigten.

### **Aktivismus**

Konkrete Aktionen und Projekte auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene sind notwendig. Gerade eine Woche vorher hatten eine Handvoll Mitglieder von TGNP in Dar-es-Salaam vor Vertretern von IWF, Weltbank und einigen Regierungschefs des Südlichen Afrika mit Transparenten friedlich gegen Auswirkungen der Globalisierung protestiert; wie ihre GesinnungsgenossInnen an anderen Orten der Welt wurden sie dafür prompt von der Polizei misshandelt. Tanzania gehört zu den Ländern, die sich zumindest prinzipiell zu Meinungsvielfalt und aktiver Zivilgesellschaft bekennen. Doch zu einer offenen politischen Diskussionskultur ist es noch ein weiter Weg. Allzuoft wird öffentlich geäußerte Meinungsverschiedenheit mit Unruhestiftung und Aufruhr gleichgesetzt und gerade von staatlicher Stelle entsprechend empfindlich reagiert.

Rebecca Muna vom tanzanischen Netzwerk gegen Verschuldung (Tanzania Coalition for Debt and Development – TCDD) berichtet von den schwierigen Anfängen der Organisation: Von staatlicher Seite war kaum jemand bereit, mit der Organisation ins Gespräch zu kommen oder gar Informationen auszutauschen. Durch zähe Arbeit hat es die Verschuldungsinitiative geschafft, inzwischen auch von Ministerien als Partner wahrgenommen zu werden. Diese Anerkennung führt in der Praxis zu neuen Herausforderungen: VertreterInnen des Netzwerkes beteiligten sich an der Gestaltung des Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) für Tanzania, wohl wissend, dass sich die internationalen Finanzinstitutionen im Rahmen dieses Programms mehr als je zuvor die Möglichkeit sichern, verschuldete Länder ihren Bedingungen zu unterwerfen. In den Worten von Rebecca Muna: "Der PRSP-Prozess unter-

miniert genau die Ziele, die er sich selbst gesetzt hat. Noch nie stand es in der Macht von IWF und Weltbank, über die gesamte landesweite Planung, wie sie PRSP vorsieht, zu entscheiden; einer Planung, die zuvor durch – wenn auch sehr beschränkte – demokratische Partizipation zustande gekommen ist. Ironischerweise haben sich die Institutionen diese Macht im Namen einer verstärkten Teilhabe ("ownership") des Entwicklungsprozesses auf Landesebene angeeignet"<sup>1</sup>.

Die TeilnehmerInnen waren sich einig, dass NGOs die Arbeit und Funktion der Regierung bzw. des Staates kritisch zu begleiten haben: die selbstironische Bezeichnung als "watchdogs" oder "watchbitches" drückte diese Aufgabe des "Überwachens" aus. Dass NGOs mit dieser Aufgabe aber auch an ihre Grenzen stossen, verdeutlichte ein Bericht einer Vertreterin von AFNET (Network against female genital mutilation <FGM>), einem Dachverband von Organisationen aus Arusha, die sich gegen weibliche Genitalverstümmelung einsetzen. Weibliche Genitalverstümmelung ist nach tanzanischem Recht ein strafbarer Tatbestand. Tatsächlich gibt es aber kaum strafrechtliche Verfolgung, selbst wenn Fälle in der Öffentlichkeit bekannt werden. AFNET versuchte in einem Fall, Ankläger in einem Prozess zu unterstützen; es stellte sich aber bald heraus, dass von mehreren angezeigten Personen nur drei, und zwar aus den ärmsten Familien eines Dorfes, verhaftet wurden. Daraufhin gab die Organisation ihre Bemühungen auf. Da die Staatsanwaltschaft nicht an den Fällen interessiert war, wurden auch die drei zunächst verhafteten Personen wieder freigelassen. Das Resultat für die Organisation war die Einsicht, dass sie nicht an Stelle des Staates die Rolle der Anklage übernehmen wollte und konnte: statt dessen sucht sie nun nach Mitteln, die staatlichen Institutionen zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung zu bringen.

Richard Mabala vom tanzanischen AIDS-Präventionsprogramm der UNDP machte klar, wie wichtig es ist, durch engagierte Sozialarbeit Vorurteile zu durchbrechen und dadurch auch die Vorgangsweise staatlicher Stellen positiv zu beeinflussen. "Wenn wir den Teenagern in den Slums von Kondomen und HIV erzählen ist das ok, aber eigentlich langweilen wir sie nur – die wissen

---

<sup>1</sup> "The PRSP process undermines the very goal it seeks to advance. Never before have the IMF and the World Bank possessed the power to endorse a borrower's entire national plan, such as the PRSP, which is, to a limited extent, formulated through popular participation. Ironically, the institutions have seized these powers in the name of enhancing *country ownership* of the development process" (Muna 2001:6).

längst Bescheid. Denen hat aber noch nie jemand zugehört oder sie nach ihren Problemen gefragt. Das grösste Problem ist nach wie vor die Ausbildung: vor allem Mädchen können häufig die Schule nicht beenden. Ihre grösste Befürchtung im Zusammenhang mit AIDS ist, vergewaltigt zu werden; sie geraten häufig unter Druck von Männern, von denen ihre Familie finanziell abhängig ist, wie beispielsweise Vermietern. Wenn wir mit diesen Jugendlichen Jobs und Weiterbildungsmöglichkeiten erarbeiten, ist das die einzig tatsächlich wirksame AIDS-Prävention."

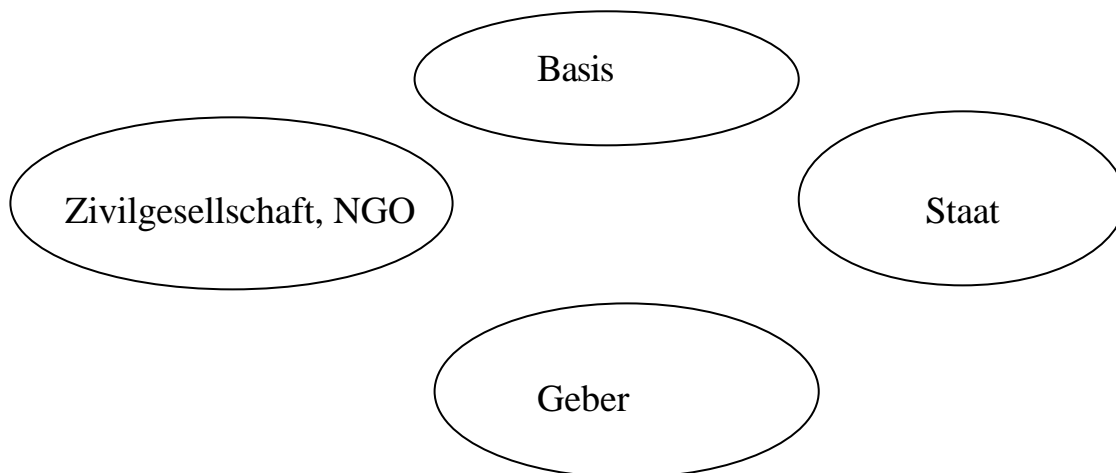
### **Selbstkritische Zivilgesellschaft**

Neben der Diskussion um Arbeitsbereiche und Aktivitäten nutzten viele auch die Möglichkeit, die eigene Rolle als NGOs kritisch zu hinterfragen. Als weitverbreitetes Problem wurde die Dominanz der westlichen Geber in der Entwicklungszusammenarbeit identifiziert, deren Vorgaben lokale Initiativen und Kreativität verhindere. "Wer leistet es sich wirklich, der "donorgesteuerten" Programmierung Widerstand zu leisten, und sich nicht alle fünf Jahre nach neuen Anweisungen zu richten? Können die Organisationen der Zivilgesellschaft wirklich in Anspruch nehmen, eine wesentliche Alternative zur staatlichen Entwicklungsarbeit zu bieten, wenn sie noch mehr als der Staat von Mitteln aus dem Norden abhängt? Den Organisationen bleibt selten Zeit und Möglichkeit, soziale Probleme genau zu recherchieren. Welche NGO hat noch nie veraltete Daten und ungefähre Angaben verwendet, um Projektanträge den Vorgaben der Geber entsprechend vorzubereiten?" so einige im Plenum aufgeworfene Fragen. "Die Geberorganisationen finanzieren aber eben auch keine allgemeinen Problemanalysen, sondern konkrete Projekte," so eine nachdenkliche Antwort aus dem Publikum. Eine TeilnehmerIn vermutet einen Teil des Problems in der personellen Struktur der tanzanischen NGO-Szenerie: "Viele BeamtenInnen, die in den letzten Jahren aufgrund der Strukturanpassungsprogramme entlassen wurden, konkurrieren heute mit den HochschulabsolventInnen um Jobs bei den NGOs. Viele übertragen ihre bisherige Arbeitserfahrungen in den neuen Bereich, können oder wollen sich keine entsprechende Fortbildung leisten."

Die zentrale Herausforderung, und da sind sich die KonferenzteilnehmerInnen wieder einig, bleibt die Frage, ob NGOs die Basis, für die sie arbeiten, auch tatsächlich vertreten. Organisationen geben nur allzu gerne vor, die Interessen

der Basis seien identisch mit denen der Organisation selbst; nicht alle bekennen sich ohne weiteres zu Eigeninteressen. Die Teilnehmerschaft der Konferenz spiegelt dieses Problem durchaus. Während viele Entwicklungsorganisationen gerade Mitarbeiterinnen bei der Teilnahme an der viertägigen Konferenz unterstützen, finden VertreterInnen von Basisgruppen kaum die Möglichkeit, teilzunehmen.

Anstatt einer Zusammenfassung der Diskussion zeichnet die Moderatorin, die Journalistin Ananilea Nkya, eine Skizze, auf der die NGOs der Zivilgesellschaft, die Basis, die Regierung und die Geber als relevante AkteurInnen der Entwicklungszusammenarbeit eingezeichnet sind. Vor allem das Verhältnis von Basis und NGO sorgt nun für Diskussion, die auch nach der Veranstaltung weitergeführt wird. "Wie analysieren wir nun die vierfache Beziehung zwischen Gebern, Regierung, Zivilgesellschaft und der Basis?" Nkyas Aufgabenstellung möchte ich hier gerne an die LeserInnen weitergeben.



### **Bibliographie:**

Meena, Ruth. 2001. The macroeconomic context of poverty, gender inequality and the democratic processes in Africa: key challenges. Paper presented at the TGNP & FemAct "Gender Festival", 10<sup>th</sup>-13<sup>th</sup> September 2001, Dar-es-Salaam, Tanzania.

Muna, Rebecca. 2001. Civil society participation in the PRSP: a case study from Tanzania. Paper presented at the TGNP & FemAct "Gender Festival", 10<sup>th</sup>-13<sup>th</sup> September 2001, Dar-es-Salaam, Tanzania.

<http://www.tgnp.co.tz/>